

# Politische Repräsentanz Älterer in deutschen Parlamenten

Eine Analyse der Altersanteile in den Landesparlamenten und im Bundestag

Dominik Kelisch

02

## Inhaltsverzeichnis

Seite 02

Politische Repräsentanz Älterer  
in deutschen Parlamenten

Seite 10

Wandel und Kontinuität: Berufliche  
Identität am Ende des Berufslebens

Seite 16

Sexualität im Alter

Seite 22

Zeitschriftenbibliografie  
Gerontologie

Seite 25

Bibliografie gerontologischer  
Monografien

Seite 27

Berichte, Ankündigungen,  
Kurzinformationen

Die Diskussion um Generationengerechtigkeit ist nicht neu und kann auf die Anfänge der Ökologiebewegung zurückgeführt werden. Populär wurde die Frage der Generationengerechtigkeit Ende der neunziger Jahre im Rahmen der Pensionsdebatte im Zusammenhang mit der Sozialstaats- und Staatsschuldenthematik. Seither wird die Diskussion um die „Vormachtstellung der Alten“ immer wieder neu von verschiedenen Seiten angefacht. Insbesondere der „Generationenkampf“, der in seiner Bedeutung meist auf eine Interessenkollision von „reichen Alten – armen Jungen“ reduziert wird, muss als ideologische Keule im Interesse der jeweiligen Gruppen erhalten. Ein angeblich drohender „Krieg der Generationen“ geistert immer wieder durch die Medien, gestützt auf die Behauptung, die Älteren verzehrten heute jene Ressourcen, welche morgen die Generationen nach ihnen brauchen werden. Auch ernst zu nehmende Stimmen malen mitunter das Gespenst einer mit dem wachsenden Wählerpotenzial der Älteren drohenden Gerontokratie an die Wand. So Roman Herzog (vgl. „Die Welt“ 2008), als er die Gefahr einer wachsenden Benachteiligung der jüngeren Generation durch die immer stärkere Ausrichtung der Politik auf die Interessen von Rentnern beschwor. Nicht immer werden Argumente und Beobachtungen, welche für oder gegen eine Dominanz der Älteren über die Jüngeren oder umgekehrt zu sprechen scheinen, so kultiviert ausgetragen wie in der Wochenzeitung „Die Zeit“ zwischen den Journalisten Susanne Gaschke und Haug von Kuenheim (vgl. Gaschke 2007; v. Kuenheim 2007).

Als Anfang dieses Jahres „Die Zeit“ titelte: „Rentner an der Macht“ (vgl. Dausend 2008), entsprach dies einem Bild, dem im öffentlichen Diskurs häufig wenig entgegengesetzt wird. Die Gerontologin und ehemalige Seniorenministerin Ursula Lehr allerdings widersprach dieser Vorstellung bei einer Rede im Juni 2008 (vgl. Lehr 2008) – so wie bereits andere prominente Gerontologen zuvor und wie die Interessenverbände der Senioren. Sie alle betonen unisono, dass ältere Menschen in politischen Mandaten unterrepräsentiert seien.

Der folgende Beitrag überprüft die Thesen der politischen Über- bzw. Unterrepräsentanz älterer Menschen, wobei es hier zunächst allein um die Frage nach der Altersstruktur der Mandatsträger in den deutschen Parlamenten geht. Er ist Ergebnis einer Auswertung von öffentlich zugänglichen Daten, aus denen die zahlenmäßige Repräsentanz von Älteren in den deutschen Landtagen und im deutschen Bundestag hervorgeht. Die Kommunalparlamente konnten hier nicht berücksichtigt werden, da es ausser in Mecklenburg-Vorpommern keine zentrale Stelle für die Erfassung der kommunalen Mandatsträger gibt und eine Nachfrage auf kommunaler Ebene den Umfang dieser Analyse gesprengt hätte.

## Demografische Fakten

Im Folgenden soll zur Erinnerung kurz die demografische Situation in Deutschland skizziert werden. Da es hier um die politische Partizipation der Deutschen in den Parlamenten geht, wurden die unter 18 Jährigen nicht berücksichtigt, da diese nicht in die entsprechenden Parlamente gewählt werden können. Die Daten wurden der regionalen GENESIS-Online Datenbank des Statistischen Bundesamtes entnommen und stellen den Zustand zum 31.12.2006 dar. Zur besseren Übersicht wurden die Altersangaben in Altersklassen zu je zehn Jahren unterteilt. Demnach lebten Ende 2006 75.058.957 partizipationsberechtigte Menschen<sup>1</sup> in Deutschland (insgesamt 82.314.906), davon 36.563.757 (49 %) männlich und 38.495.200 (51 %) weiblich. In Abbildung 1 ist die Verteilung der partizipationsberechtigten Bevölkerung dargestellt. Wie man deutlich erkennen kann, hat der Anteil der Jüngeren ein leichtes Übergewicht. Dabei ist zu beachten, dass Personen unter 18 Jahren nicht berücksichtigt wurden. Wären diese mit einbezogen, würde sich die Verteilung weiter nach links verschieben – die Altersklasse unter 25 hat einen Anteil von 25,43 % an der Gesamtbevölkerung.

<sup>1</sup> Hierunter werden die Bürger verstanden, die nach dem deutschen Grundgesetz in ein Landes- oder Bundesparlament gewählt werden können.